

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 15 Mt., vierteljährlich 45 Mt., halbjährlich 85 Mt., jährlich 160 Mt. — Post- und Geschäftsbeleg jeder Art werden nicht angenommen. — Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schab; Druck: G. Neumann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jährlich Bonn, Mittelstraße Str. 36-42, Telefon-Nr. 88, 93, 98. Telegr.-Adr.: Mittelverband Bonn.

Hand weg vom Achtstundentag!

Von allen Unglücksstrahlen, die sich über die Welt ausbreiten, fröhen am widerwärtigsten die privatkapitalistische Heber gegen den Achtstundentag. Was findet sich da nicht alles zusammen: Professoren und gelbe Sekretäre, Unternehmer, und Generalanzeigerichmodis, in einzelnen Exemplaren auch kritische Gewerkschaftler und sogenannte Sozialisten, vor allen Dingen aber auch „Demokraten“.

Auf der deutschdemokratischen Wirtschaftstagung, die Mitte September in Eisenach stattfand, haben sich die Mandatsträger den Mund müde geredet über

die Schäden des Achtstundentags.

Vor allem kam die Feindschaft gegen den Achtstundentag zum Ausdruck in einem ausführlichen Referat von Karl Friedrich von Siemens. Man habe, meinte er, nach dem Kriege, ohne Verständnis Wirtschaft gemacht. Man habe sich in Deutschland „zu sehr von sozialistischen Ideen ins Schlepptau nehmen lassen“. Er sagte: „In Amerika werden die wirtschaftlichen Stämme niemals auf politischer Grundlage ausgetragen. Klassenkampf und Klassenhaß sind in Amerika völlig unbekannt.“

Eine sonderbare Auffassung. In Amerika, wo die Justiz tausende schämliche Klafflöcher, zur Güte des Kapitals gemacht wo Arbeitervertreter jahrelang ins Zuchthaus gezwungen wurden, obwohl sie nichts Gewalttätiges unternahmen; wo die Staatsgewalt in Streiks abdankte zugunsten der Pinkertons oder diese unterstützte — dort gibt es keinen Klassenkampf?

Doch darüber wollen wir mit Herrn v. Siemens nicht rechten, auch nicht darüber, daß er meint, Amerika helfe uns nicht, weil es Deutschland für zu sehr sozialistisch infiziert halte und glaube, man müsse Mittelkurven ziehen, damit die Krankheit sich ausbreite und entweder zur Genesung oder zur Vernichtung führe.

Nicht die Sozialisierung mit Sozialismus ist unser Anglied, sondern das Gegenteil.

Wahrscheinlich lebt sich das Profitstreben des Kapitalismus aus, unheimlich ist die Zahl volkswirtschaftlich schädlicher Parasiten im Handel angehäuft, wie der ich sind die Drogen der neuen Reichen, sei es in Schlemmerdielen oder im Bau von 1000 Berliner Villen, für die man nach dem Zeugnis Sachverständiger 20.000. Vierzimmerwohnungen bauen könnte. Unsere „guten Freunde“ von alterher, die Industrie- und Finanzkapitane, nehmen natürlich für sich in Anspruch, nicht mit den „neuen Reichen“ in einen Topf geworfen zu werden, aber wir finden keinen sehr großen Unterschied. Wie der wunderbare Bauer, so stecken auch sie Geld über Geld in prunkvolle Bauten und wenn sie beim besten Willen keine Betriebswerkstätten mehr bauen können, so ziehen sie doch wenigstens Kilometerlange Mauern um ihr Gelände, wo die Bäume noch lange gut genug gewesen wären. Wie grassierte der Autowahn nun so wie heute. Wieviel Autos unserer Industriellen, die 1/2 bis 2 Millionen kosten, mögen in unserem Industriegebiet wohl laufen? Für Direktoren und Vorstände werden Brunnvallen gebaut, an die in der Vorkriegszeit niemand gedacht hätte! Dabei geht es unserer Industrie so schlecht, daß sie erstickt unter der davorischen Zwangsanleihe und kein Geld hat für anständige Steuerzahlung!?

Weil es unseren Kapitalisten so schlecht geht, daß man versucht wäre, mit dem Gut in der Hand für sie betteln zu gehen.

deshalb soll unser Volk mehr arbeiten.

Herr v. Siemens sagte auf der demokratischen Tagung darüber: „Der achtstündige Arbeitstag würde für die meisten Industrien ausreichen, wenn acht Stunden gearbeitet würde. Man spricht bereits in den Kreisen der Arbeiterchaft von der Achtstundierzigstundenswoche. Noch besser wäre es, wenn man von dem entsprechenden Arbeitsjahr reden würde. Das Wetter richtet sich z. B. nicht nach sozialistischen Theorien. Die Arbeitsintensität wird stets abhängig sein von der Möglichkeit, persönliche Vorteile zu erzielen. Die Unproduktivität muß bekämpft werden, Reden, Reden und wieder Reden auch von der Unternehmenseite schmälern die Arbeitsfreude.“

Wir stimmen Herrn v. Siemens zu, wenn er die Ausnutzung des Achtstundentags verlangt. Aber hat der ein Recht dazu, der morgens um 10 Uhr ins Amt kommt und um 1 Uhr schon wieder verabschiedet ist? Oder der, der überhaupt keine nützliche Arbeit verrichtet, sondern in der Masse des ehrsüchtigen Kaufmanns schließt und wuchert? Herr v. Siemens sagte weiter:

„Ausbeute“ muß das Schlagwort für die Zukunft sein! Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik! Wenn es im bisherigen Tempo weitergeht, werden wir bald nur noch für Spezialartikel auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig sein. Die Produktion eines Leides ist umgekehrt proportional zum sozialistischen Einschlag seiner Reue, aber die Unkosten wachsen dabei im Quadrat. Ein Volk, das den größten Anteil verloren hat, darf sich kein Leben nicht bequem machen. Es macht im Auslande einen schlechten Eindruck, wenn wir infolge der Reparationslieferungen an Frankreich nach Kohle schreien. Man weiß im Auslande genau, daß wir bei Erreichung der Friedensproduktion in Kohle schwimmen können. Der Bergarbeiter kann sich nicht mit schlechter Ernährung entschuldigen. Er ist während des Krieges und gleich nachher stets in der Lebensmittelversorgung bevorzugt worden. Trotz des Verlustes von Verträgen brauchen wir nicht so tief zu sinken, wie wir gesunken sind.“

Nein, wir hätten wirklich nicht so tief zu sinken brauchen! Ohne die

Eroberungspolitik vom Schlage Stinnes-Röbling.

ohne Finanzminister à la Helfferich wären wir nicht so tief gesunken. Aber auch nach dem Krieg hätten wir nicht so tief zu sinken brauchen, wenn das schlafende Volk nicht noch immer seine Messer selber wählt! Wir brauchen keine Kohlen, Eisen- und Rohierpreise zu haben, die 45mal so hoch sind, wie

Nahgarnpreise, die 1000mal so hoch sind wie im Frieden. Aber dazu hätten wir mehr Sozialismus und weniger Kapitalismus, mehr Gemeinwirtschaft und weniger Profitgier haben müssen!

Aber die bösen Bergleute! Sind sie nicht das eigentliche Stornier? Nach Siemens sieht es doch ganz so aus, da wollen wir heute noch einmal recht deutlich sagen:

die Bergarbeiter verbitten sich auf das Gerächte die keine Aufhebung der Bevölkerung gegen sie,

die nur betrieben werden kann von Leuten, die wirtschaftliche Tatsachen nicht kennen oder nicht kennen wollen. Zwar ist nach den amtlichen Statistiken die Leistung der Untertagearbeiter im Bergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund von 1922 in 1913 auf 116 bis 119 Tonnen im ersten Vierteljahr 1922 gesunken und ähnlich liegt es in anderen Bezirken. Aber diese Zahlen geben kein richtiges Bild. Entscheidend ist der katastrophale Rückgang der Bauerschaft. Es waren früher unter der Belegschaft im 2. Quartal 1922 (in Klammern die Zahlen von 1913):

Steinkohle: Oberdistrikt 15 (31,9), Niederdistrikt 28,5 (42,6), Dortmund 37,6 (nördliches Revier 50,6, südliches 51,9), Aachen 36,1 (53,4), linker Niederrhein 38,5 (62,3). — Braunkohle: Halle 24,4 rechts der Elbe, 26,0 links der Elbe (15,7 unterirdisch, 28,6 Tagebau), linksrheinisch 22,4 (41,6).

Werkstoff liegt es beim Salz- und Erzbergbau. Hier liegt ein Teil des Schadens für den Rückgang der Förderung!

Auch Herr Dr. Winkernell, volksparteilicher Landtagsabgeordneter und Sachwalter der Kohlenindustriellen im preussischen Landtag, gesteht sich im Traktat über Deutschlands Kohlenlage, im „Bannoverischen Kurier“ vom 13. September ruft er zunächst nach einem Bismarck und einem Bülow (!), denen allein er zutraut, daß sie weiter werden: Abänderung des Friedensvertrags und Aneinanderbringen von Genus und Klassen. Um diesen Aberglauben ist Herr Dr. Winkernell wirklich zu beneiden! Natürlich wiederholt er die

alte Lieder vom Rückgang der Kohlenzeugung

von 900 auf 530 Millionen pro Arbeiter, ohne dabei den Rückgang der Bauerschaft zu erwähnen oder auch nur irgendwie Rücksicht zu nehmen auf die nach Menge und Wert gewaltig gestiegene Herstellung von Nebenprodukten. Im übrigen arbeitet Herr Dr. Winkernell gern mit runden Zahlen. So schreibt er:

„In den letzten Monaten mußte die deutsche Wirtschaft zur Erhaltung ihres Produktionsstandes 1 1/2 Millionen Tonnen englischer Kohle importieren, dadurch 48 Millionen Schilling = rund 15 Milliarden Mark, nach dem heutigen Markkurs berechnet (3 Milliarden nach dem Zukunftskurs), monatlich ihr entziehen. Bei Ausnutzung jeder Möglichkeit wären wir imstande gewesen, diese ersatzlosen Summen zu ersparen.“

Wir begreifen Herrn Dr. Winkernell, daß er die Summe für die Auslandskohle möglichst hoch angibt, aber er sollte doch nicht die Kohle nach dem Kalorienwert summieren, sondern sich an die amtlichen Zahlen über die wirklichen Ausgaben halten. Dann könnte er mitteilen, daß für die 1 1/2 Millionen Tonnen im Juli 2,6 Milliarden Mark bezahlt wurden, allerdings käme er dann nicht auf die hübsche runde Summe von 15 Milliarden Mark, die auch schon deshalb nicht stimmt, weil nach Juli die Einfuhr nicht so hoch blieb. Das ändert natürlich nichts an unserer Auffassung, daß wir uns diese Einfuhr einfach nicht leisten können. Vielleicht wären wir auch in der Lage gewesen, uns diese Ausgabe sparen zu können.

aber diese Schuld gebe man bitte nicht den Bergleuten!

Gäßen die Unternehmer den Montestart nicht drei Vierteljahre verschleppt, so hätten wir vielleicht schon im Frühjahr ein Uebersehensabkommen gehabt und wenn die Arbeiterchaft wirklichen Einblick und eigentliche Mitwirkung in unserer Kohlenwirtschaft hätte, dann stände es auch um die Kohlenzeugung weit besser!

Natürlich wehrt auch Herr Dr. Winkernell gegen das „Achtstundendogma“, das mit der Siebenstundensicht den deutschen Bergbau täglich 80000 Tonnen Kohle koste. Natürlich haben auch Winkernell die Unternehmer alles getan, um den Bergbau leistungsfähig zu machen, „obgleich ihnen die Kohlenpreise nicht die Mittel an die Hand gaben, großzügig, wie es nötig war, zu wirtschaften.“

Wir finden das Wirtschaften der Kohlenherren aus der Tasche des Volkes „großzügig“ genug! Es ist leider eine Tatsache, welche die Arbeiterorganisationen noch nicht ändern konnten, daß selbst die Regierung nicht die Möglichkeit hat, die Kohlenwirtschaft so zu kontrollieren, wie es nötig wäre. Prüfung der Selbstkosten? Jawohl, nach den Angaben der Bauerschaften, die man bezweifeln, aber mangels genügender Kontrolle nicht widerlegen kann. Güttenzeichen-Selbstverbrauch? Die Zahlen sind vertraulich von den Unternehmern gegeben und werden selbst dem Reichswirtschaftsminister nicht verraten! Kohlenpreise? Sie wurden früher nach bestimmten Grundsätzen festgesetzt, zum 1. September wurden sie nach Schätzung und Gefühl festgesetzt. Ein Beispiel: Die Lohnzulage, berechnet auf die Löhne und zuzüglich 8 Prozent für Erhöhung der Angestelltengehälter, hätte eine Kohlenpreiserhöhung von 572 Mt. bedingt. Rechnen wir der Einfachheit halber 600 Mt. Früher wurden dazu 66 2/3 Prozent geschlagen als Ausgleich für die Materialverzehrung. Rechnen wir hier 100 Prozent, so ergäbe das eine notwendige Steigerung der Kohlenpreise um 1200 Mt., bei 150 Prozent um 1500 Mt. bei 200 Prozent um 1800 Mt.

Wir finden das Wirtschaften der Kohlenherren aus der Tasche des Volkes „großzügig“ genug! Es ist leider eine Tatsache, welche die Arbeiterorganisationen noch nicht ändern konnten, daß selbst die Regierung nicht die Möglichkeit hat, die Kohlenwirtschaft so zu kontrollieren, wie es nötig wäre. Prüfung der Selbstkosten? Jawohl, nach den Angaben der Bauerschaften, die man bezweifeln, aber mangels genügender Kontrolle nicht widerlegen kann. Güttenzeichen-Selbstverbrauch? Die Zahlen sind vertraulich von den Unternehmern gegeben und werden selbst dem Reichswirtschaftsminister nicht verraten! Kohlenpreise? Sie wurden früher nach bestimmten Grundsätzen festgesetzt, zum 1. September wurden sie nach Schätzung und Gefühl festgesetzt. Ein Beispiel: Die Lohnzulage, berechnet auf die Löhne und zuzüglich 8 Prozent für Erhöhung der Angestelltengehälter, hätte eine Kohlenpreiserhöhung von 572 Mt. bedingt. Rechnen wir der Einfachheit halber 600 Mt. Früher wurden dazu 66 2/3 Prozent geschlagen als Ausgleich für die Materialverzehrung. Rechnen wir hier 100 Prozent, so ergäbe das eine notwendige Steigerung der Kohlenpreise um 1200 Mt., bei 150 Prozent um 1500 Mt. bei 200 Prozent um 1800 Mt.

In Willigkeit keigerte man trotz der Bedenken der Arbeitnehmer und der Regierung um 2500 Mark.

Wirklich: über den Mangel an Großzügigkeit der Unternehmer können wir uns nicht beklagen. Herr Dr. Winkernell!

Die Hauptschuld an unserer Kohlenlage trägt nach Winkernell die Siebenstundensicht und dem Achtstundentag das Genid umzudrehen. Aber das ist heute nicht möglich und wird auch in Zukunft nicht möglich sein. Das mögen sich alle die merken, die es angeht: Unternehmer, Regierung und die weißen Leute, die als angebliche Sozialisten Gegner des Achtstundentags sind!

„An ihm ist nicht zu rütteln, er ist Gesetz!“

Natürlich wäre auch Herr Dr. Winkernell dabei, wenn es möglich wäre, der Siebenstundensicht und dem Achtstundentag das Genid umzudrehen. Aber das ist heute nicht möglich und wird auch in Zukunft nicht möglich sein. Das mögen sich alle die merken, die es angeht: Unternehmer, Regierung und die weißen Leute, die als angebliche Sozialisten Gegner des Achtstundentags sind!

Zur neuen Beitragserhöhung im Bergarbeiterverband.

„Wozu schon wieder Beitragserhöhung?“ So wird mancher Kamerad fragen, wenn er in Erfahrung bringt, daß im Anschluß an die im September eingetretene Lohnrückbildung eine neue Beitragserhöhung erfolgt. Über fortschreitende Geldentwertung und Beitragserhöhung ist schon ein Thema, mit dem sich alle Gewerkschaften immer wieder beschäftigen müssen, wenn sie nicht in die Gefahr geraten wollen, als Nachfaktor der Arbeiter gänzlich ausgeschaltet zu werden. Geldentwertung und Beitragserhöhung sind auch für die Gewerkschaften zwei unzerrenliche Dinge, die einander folgen müssen wie Geldentwertung und Lohnrückbildung.

Eine Organisation, die diesen Grundlag außer acht läßt, verfehlt ihren letzten Satz und damit auch ihr Ansehen und die Möglichkeit, weiterhin für ihre Mitglieder erfolgreiche Arbeit leisten zu können. Wenn dieser Grundlag von allen Gewerkschaften beachtet würde, wäre es noch der üblichen Behandlung dieser Frage nicht mehr notwendig, immer wieder erneut auf die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung hinzuweisen. Wenn wir es dennoch kurz tun, dann, weil von einzelnen Mitgliedern dieser Notwendigkeit immer noch nicht die genügende Beachtung geschenkt wird. Wenn letzteres noch vielfach der Fall ist, dann sind daran die gewerkschaftlichen Organisationen schuld, die, aus Beirags- und zu den Mitgliedern zusammengesetzt, ihre niedrigen Beiträge nur zum Mitgliedererwerb benutzen.

Die dann eintretende Schwächung der Kampforganisationen wird von diesen Kurzsichtigen übersehen und erst dann bemerkt werden, wenn es zu spät ist, um sie zu beheben. Mangelnder Opfermut und fehlende Einsicht fördern das Treiben gewissermaßen: Gewerkschaftszerstörer, die sich der Verantwortlichkeit ihres Tuns nicht bewußt sind.

Von gewerkschaftlicher Haltung und Kenntnis der Bergarbeiterbewegung zeugt es ebenfalls nicht, wenn heute immer wieder noch mit dem alten Einwand operiert wird, die Beitragserhöhung sei im Gegensatz zu dem verdienten Lohn zu hoch im Einwand, der nicht zutrifft und ebenso oft widerlegt worden ist, als er gemacht wurde.

Richtig ist, daß im Jahre 1914 ein Beitrag von 0,30 Mt. über ein Anstieg des Haushaltsumsatzes von 20 Prozent als Nebenbeitrag gezahlt wurde, was bei den Löhnen ab 1. September ebenfalls noch der Fall ist. An dieser Beitragserhöhung muß festgehalten werden, um die finanzielle Macht des Verbandes zu erhalten. Wenn wir in den letzten Jahren von größerem Streik und Bewegungen berichtet blieben, dann zum Nutzen des Verbandes, der dadurch bis heute seine volle Schlagkraft behielt, um sie bei geeigneter Zeit einmal desto wirkungsvoller anzuwenden zu können.

Alles dies ist schon so oft gesagt und geschrieben worden, daß es eigentlich nicht mehr erforderlich sein dürfte, bei jeder Beitragserhöhung immer wieder deren Notwendigkeit zu begründen. Aber die leider noch vielfach vorhandene Ansicht, daß die Organisation auch bei niedrigen Beiträgen leistungsfähig sei, macht es immer wieder notwendig, diese Frage mit allem Ernst zu behandeln. Aber auch darum, weil es immer noch eine Masse Bergarbeiter gibt, die gern organisiert sind, an ihre Organisation recht hohe Forderungen stellen, aber bei Zahlung von möglichst niedrigen Beiträgen. Ein ebenso beliebter Einwand von Organisationsbrüchlebern ist, die Unternehmer müßten Lohnzulagen geben, auch ohne daß man der Organisation angehört und dafür Beiträge zahlt.

Diesen Kurzsichtigen oder Beitragsscheuen schreien die Vorgänge in der Bergarbeiterbewegung aus der Vorkriegszeit nicht mehr in Erinnerung zu sein. Sie scheinen vergessen zu haben, wie die Bergarbeiter und vor allem die Organisationen von den Unternehmern behandelt wurden. Sie haben vergessen, daß dem Verbands bei Stellung von Forderungen recht oft gesagt wurde, die Anzahl der im Verband organisierten Bergarbeiter sei zu gering, um den Verband als Vertreter der gesamten Bergarbeiterschaft anzuerkennen. Damals war es die Angst vor dem Unternehmertum, die Laufende von Arbeitern abhielt, sich dem Verbands anzuschließen, und die dann durch ihre Laubbildung mitzubilden an den Verhältnissen waren, unter denen die Bergarbeiter leiden mußten. Heute aber, nachdem die Organisation anerkannt und durch andauernde Verhandlungen und auch durch Kampfe einen großen Teil der gestellten Forderungen verwirklichte, und jeder, ohne Schelte zu befürchten, seiner Forderungsbekämpfung angehören kann, sind es angeblich die hohen Beiträge, die allerdings Einwände auslösen und finden lassen, um sich vor der Organisationsungehörigkeit zu drücken. Unsere Mitglieder und alle Bergarbeiter wissen aus der Geschichte der Bergarbeiterbewegung, daß wir es mit dem Grundsatzkapital mit einem der hatindigsten Mitglieder der Arbeiter überhaupt zu tun haben. Alle einschichtigen Bergarbeiter müssen sich deshalb darüber klar sein, daß die Rückkehr der alten vorkriegszeitlichen Verhältnisse zu befürchten steht, wenn wir als Organisation nicht stark bleiben. Alle Erfolge, die bis heute errungen wurden, sind nur zu halten und auszubauen, wenn der Verband stark und leistungsfähig bleibt.

Eine Organisation ohne Vermögen, wenn auch mit noch so viel Redefähigkeit (der nichts kostet!), wird nicht imstande sein, Verschleissungen abzuwehren oder noch weitere Verbesserungen herauszuholen. Wer die Bewegung der letzten Jahre verfolgte, hat derartige Beispiele genug erlebt, ohne daß es notwendig ist, solche hier anzuführen.

Wird Kapitalismus und letzten Taktiken wie die Arbeiterchaft bei ihren Kämpfen bis heute immer noch schlecht beraten. Das wird auch für die Folgezeit so bleiben, wenn nicht Einsicht genug vorhanden ist, sich durch Schaffung von guten Streikreifen für wirtschaftliche Kämpfe wenigstens vor der größten Not zu schützen.

Nicht aus eigenem Interesse heraus geschieht es, wenn heute die Verbandsleitung gezwungen ist, die Beiträge der Geldentwertung immer anzupassen, sondern im Interesse des Gesamtverbandes und seiner Mitglieder. Unsere Mitglieder sollen und müssen beachten, daß die Ausnutzung der Erwerbskraft bei den Ausgaben des Verbandes die gleiche ist, wie in ihrem eigenen Haushalt. Sie sollen und müssen beachten, daß eine Verbandsleitung, die durch überhöhte Beiträge die Verbandsleitung zum Kampf veranlassen oder veranlassen, daß die Verbandsleitung zu tragen hätte, wenn im Falle eines Kampfes die notwendigen Mittel

Alles dieses muß gesagt werden, um unsere Mitglieder auf die Verantwortung aufmerksam zu machen, die sie mit dem Verbandsaufbau übernehmen, wo es einer der Selbstbestimmung angepaßten Beitragserhebung entspricht. Der Aufbau des Verbandes hat bis heute Dystrophien erfordert. Dystrophien sind das, was uns groß werden ließ und was unsere Verhältnisse offenbar nicht mehr ertragen kann. Die Dystrophien sind die Folge der unzureichenden Organisation und der unzureichenden Mittel der Arbeiterkassen, ihre Organisation auszubauen und schlagkräftig zu erhalten.

Wie hoch sind die Beiträge in den anderen Gewerkschaften? Der Verband der Bauarbeiter erhebt einen Stundenlohn als Wochenbeitrag 74 und 70 M. Der Verband der Zimmerer beträgt der Wochenbeitrag 73 M. oder einen Stundenlohn. Ferner erhebt von 1. Oktober ab der Buchdruckerverband einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Bergarbeiterlöhne im 2. Vierteljahr 1922.

Die amtliche Statistik über die Bergarbeiterlöhne im 2. Quartal, über die wir eine ausführliche tabellarische Hebersicht in der nächsten Nummer veröffentlichen, bringt verschiedene interessante Aufschlüsse. Die steigende Bedeutung der Nebenbetriebe hervor. Von 478 157 Arbeitern im Oberbergamtsbezirk Dortmund waren 31 343 in Nebenbetrieben beschäftigt, von 14874 im Aachener Revier 1916. Ueber die Löhne wurden geteilt pro Arbeiter in Oberlohlen 7,0 in Niederlohlen 3,2, in Dortmund 4,6, am linken Niederrhein 3,4, im Aachener Revier 10,1. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden im ganzen 2 187 515 Ueberstunden geleistet, davon in Nebenbetrieben 497 729. Ueber die Ueberstunden ist für die Arbeiter eine Mitteilung, daß der Verdienst einfließlich der Versicherungsbeiträge der Arbeiter, die zwischen 3,11 und 3,63 M schwanden, betrug:

Im Steinlohlenbergbau: Oberlohlen 161,43 M., Niederlohlen 138,11 M., D.-S. Dortmund 173,90 M., am linken Niederrhein 173,76 M., im Aachener Revier 161,11 M.

Im Braunlohlenbergbau: Halle (rechts der Elbe) 141,98 M., Halle (links der Elbe) 146 M., linksrheinisch 177,40 M.

Im Salzbergbau: D.-S. Halle 144,25 M., D.-S. Clausthal 146,80 M.

Im Erzbergbau: Mansfeld 131,33 M., Oberharz 124,49 M., Siegen 143,77 M., Rastau und Westfal 135,17 M.

Aus den Spezialnachweisungen ist ersichtlich, wie sehr die Gewerkschaften zurückgegangen sind. Es entfallen auf die Gesamtzahl der Arbeiter:

Im Steinlohlenbergbau: Oberlohlen 13, Niederlohlen 26,5, Dortmund 37,6, am linken Niederrhein 35,5, bei Aachen 36,1.

Im Braunlohlenbergbau: Halle (rechts der Elbe) 24,1, Halle (links der Elbe) 22, linksrheinisch 22,1.

Im Salzbergbau: Halle 11,3, Clausthal 13.

Im Erzbergbau: Mansfeld 26,3, Oberharz 29,5, Siegen 42,1, Rastau und Westfal 50,7.

Der Verdienst der Bauer betrug im Steinlohlenbergbau: Oberlohlen 215,72 M., Niederlohlen 165,86 M., Dortmund 190,21 M., am linken Niederrhein 202,20 M., bei Aachen 187,15 M.

Im Braunlohlenbergbau: Halle (rechts der Elbe) 141,02 M., Halle (links der Elbe) 146 M., linksrheinisch 177,40 M.

Im Salzbergbau: Halle 169,52 M., Clausthal 175,79 M.

Im Erzbergbau: Mansfeld 153,38 M., Oberharz 143,39 M., Siegen 171,09 M., Rastau und Westfal 143,76 M.

Eine Gesamtübersicht werden wir, wie oben schon erwähnt, in der nächsten Nummer veröffentlichen.

An die Beitragscheuen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —
 So hört man diesen oder jenen sagen.
 Er dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht,
 Er will gewinnen, ohne was zu wagen.
 Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid,
 Der nicht als Gold in seinen Schnapsflask gleitet,
 Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit,
 Was der Verband ihm mühevoll erarbeitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —
 Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet.
 Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht?
 Ob deinen Schutz das Kapital vernichtet?
 Dann kommt die Zeit, wo wiederum wie einst
 Die Wölfe über dich dein Ohnmacht häßlich
 Dann laßt der Büffel, wenn du klagst und weinst,
 Dann wird er noch ans Aussehen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —
 Kann man mit Männern, die dies Wort betreten,
 Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
 Wenn sie ein Opfer darzubringen können?
 Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht,
 Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
 Drum gilt es, Freund, im täglichen Verkehr
 Das Schwert der Tat mit Opferinn zu wehen!

Viktor Kolinowski

zweifelsohne mehr, ist es falsch, auf der anderen Seite die Arbeiterlöhne zu senken. Das ist die Aufgabe der Arbeiterkassen. Die Arbeiterkassen sind die Träger der Selbstbestimmung der Arbeiter. Die Arbeiterkassen sind die Träger der Selbstbestimmung der Arbeiter. Die Arbeiterkassen sind die Träger der Selbstbestimmung der Arbeiter.

Das weitere fordere ich, daß die planmäßige Gestaltung der Wohnbauten so einfach wie möglich sein sollte, und weiter, daß die Baukosten möglichst gering gehalten werden. Insbesondere sollte man von unerprobten Erfindungen absehen. Ich nehme an, daß ich hierin mit Herrn Kaufsberg übereinstimme. Es ist zu fordern, daß die städtebauliche Gestaltung keine übertriebene Ausdehnung aufweisen dürfte. Da lange Straßen heute kaum noch zu bezahlen sind. Das ist eine Forderung, die von der Not unserer Zeit ganz von selbst diktiert wird und über die zu streiten angesichts der erschütternden Kosten einer Wohnung müßig ist.

Soweit ich gegen diese Richtlinien etwas zu sagen habe, so ist es die Forderung, daß die Arbeiterkassen die Träger der Selbstbestimmung der Arbeiter sind. Die Arbeiterkassen sind die Träger der Selbstbestimmung der Arbeiter. Die Arbeiterkassen sind die Träger der Selbstbestimmung der Arbeiter.

Die Ueberstunden im Bergbau im Dienste der Gemeinwirtschaft.

Der Verbandsvorstand hat an den Reichswirtschaftsminister, den Reichsminister für die Reichsindustrie und den Reichsminister für die Reichslandwirtschaft folgende Eingabe gerichtet:

In der letzten Sitzung des Reichslandwirtschaftsrats ist ein Antrag gestellt worden, die Ueberstunden für Bergmannswohnungen sollen die Ueberstunden der Bergleute, die zur Herstellung der von ihnen gezeigten Bauwerke erforderlich sind, gegen Abrechnung aus dem Kohlenfonds zur Verfügung gestellt werden, damit sie mit den Baukostenproduzenten Lieferungsverträge abschließen können.

Gegen diesen Antrag hat sich der Herr Reichsminister für die Reichslandwirtschaft geäußert, weil er in ihm eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung einzelner Stellen erblickt. Wir erlauben uns, auf die Angelegenheit zurückzukommen, um sie auf weiterem Untergrunde noch einmal zur Diskussion zu stellen. Nachdem die Ueberstunden der Bergleute ihre Früchte zu tragen anfangen und die Kohlenförderung steigen ist, erachtet es für die Aufrechterhaltung, vielleicht auch Steigerung dieser Förderung erforderlich, daß die Arbeiter das Bewußtsein erhalten, daß diese Ueberstunden nicht in erster Linie den privaten wirtschaftlichen Interessen der Bergwerksbesitzer, sondern vielmehr der Gemeinwirtschaft zu dienen. Der vorerwähnte Antrag ist, daß die Kohle den Konsumenten als Zahlungsmittel in die Hand gegeben wird, um die Produktion in Ausdehnung ihrer Monopolstellung zu ermöglichen. Die Ueberstunden der Bergleute sind, wie wir schon oben erwähnt, ein Mittel zur Bekämpfung der Konkurrenz der Bergleute unter sich. Die Ueberstunden der Bergleute sind, wie wir schon oben erwähnt, ein Mittel zur Bekämpfung der Konkurrenz der Bergleute unter sich.

Verteilung unter seinen Mitgliedern überwiegen Kohlenkontingent zu verteilen und einen Teil dem Verband sozialer Baubetriebe zugunsten des Reichsverband deutscher Bauproduktionsindustriellen zu überweisen, aber, wenn die Lage der Kohlenwirtschaft es irgend gestattet, einen Teil der mehrgeforderten Kohle, etwa 1,2 Millionen Tonnen im Jahr, außerhalb des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes bisher bewilligten Kontingents an den Verband sozialer Baubetriebe zu überweisen.

Die zweite Eventualität, die stärkere Belieferung der Zementindustrie überhaupt, dürfte in kurzer Zeit eine Notwendigkeit werden, wenn nämlich durch die Auswirkung des an die Namen Luberfac-Sittnes geknüpften Forderungsprogramms unser Baustoffmarkt auch für das Ausland zu sorgen hat.

Vermeidlich der ihm zur Verfügung gestellten Kohle wird es der Verband sozialer Baubetriebe ermöglichen, daß die Zementproduktion erheblich rationeller gestaltet, die Menge der Erzeugung vermehrt und der Preis verbilligt wird, ohne daß diesen Vorteilen irgendwelche nachteiligen Auswirkungen für die Volkswirtschaft gegenüberstehen.

Bei etwaigen Verhandlungen über die Durchführbarkeit der Baustoffverbilligung durch den Verband sozialer Baubetriebe bitten wir Herrn Stadtbaurat a. D. Dr.-Ing. Wagner, den Geschäftsführer dieses Verbandes, hinzuzuziehen.

Störung im Bau von Bergmannswohnungen.

Mit der plötzlichen im August einsetzenden Entwertung unserer Mark im Ausland mußten natürlich sofort alle diejenigen Stoffe und Waren im Preise steigen, die wir aus dem Auslande zu beziehen gezwungen sind. Dazu gehören von den Rohstoffen z. B. die Seife (Schmalz und Margarine) und von anderen für uns lebenswichtigen Stoffen die Baumstoffe. Nicht erforderlich war es, daß auch alle im Inlande erzeugten und von ausländischen Rohstoffen unabhängigen Waren sofort im Preise in die Höhe schwebten. Es ist trotzdem geschehen, weil durch die Ausdehnung der Baukosten schon unsere ganze Wirtschaft auf die Spekulation eingestellt ist. So steigen auch sofort die Ziegel-, Bauholz- und sonstigen Bauholzpreise, es folgten die Löhne und die Kohlen. Dadurch sind in verhältnismäßig kurzer Zeit die Baukosten auf das Doppelte bis Vierfache gestiegen. Die Abgabe vom Kohlensteuern, die zum Bau der Bergmannswohnungen dient, war schon im Anfang des Jahres von 6 M. auf 12 M. je Tonne Kohlen gestiegen. Jetzt hat ein Beschluß des Reichslandwirtschaftsrats sie auf 36 M. erhöht. Da aber diese Erhöhung zum ersten Ende Oktober in den Ueberweisungen der Kohlenkontingente für Monat September den Treuhändlern zusteht, so stehen im Augenblick nur so geringe Mittel zur Verfügung, daß die vorübergehende Stilllegung einer Anzahl von Baustellen notwendig geworden ist.

Wir behauern sehr, daß die Öffnung zahlreicher Kammern, noch in diesem Jahre in einer menschenwürdigen Wohnung unterzu kommen, unerfüllt bleiben muß. Dafür aber wird mit dem während der Wintermonate eingelaufenen Gelde im Frühjahr die Bauarbeiten wieder aufleben. Es ist im bringenden Interesse aller Kammern, wenn ein jeder sich für die Erhaltung der begonnenen, aber stillgelegten Bauten einsetzt und darauf achtet, daß nicht überflüssiges Baumaterial entfernt oder in den Händen der noch empfindlichen Bauten verbleibt. Es handelt sich um Nationaligentum, zu dessen Schutz ein jeder verpflichtet ist, an dessen Schutz aber wir Bergleute in erster Linie interessiert sind.

Die Ueberstunden im Bergbau im Dienste der Gemeinwirtschaft.

Zu obigen Darlegungen habe ich folgendes zu sagen: Herr Kappaport hat aus meinem Schriftsatz den Eindruck gewonnen, als sei ich über seine Ansicht in keinem Vortrage im Unklaren. Ich kann ihm nur versichern, daß ich ihn verstanden habe. Leider fehlt uns der Raum in der Zeitung zum Abdruck des ganzen Vortrages. Die Kammern würden gleich wie ich dieselbe Schlussfolgerung aus dem Gesagten ziehen. Daß ich die Frage mehr oder weniger vom Standpunkt des Bergmanns betrachte, ist erklärlich, und Herr Kappaport freut sich sogar darüber. An das hat er aber dadurch gegeben, indem er die aufgestellten Richtlinien über das Wohnungswesen mit Material über die Bergmannswohnungen belegt. Was soll das heißen, wenn man Kohlenmaterial einer Zementkolonie hat und daraus die Schlussfolgerung zieht, daß heute auf die einzelnen Bergmannswohnungen anderer Bergleute möglicherweise kommen als vor dem Kriege? Unter anderem vermahnt mich Herr K. gegen die Behauptung, als habe er einer Verlingerung der Wohnfläche bei den Bergmannswohnungen das Wort geredet. Ich nehme freudig Kenntnis davon. Wenn ich zu der Auffassung gekommen bin, so hat nur der Vortrag Anlaß dazu gegeben, wo z. B. ein einzelner Fall über die nicht richtige Verwertung einer Bergmannswohnung herangezogen und dann gesagt wird: „Da ist jeder Kommentar überflüssig!“ Im Anschluß daran wird zum Ausdruck gebracht, daß bei der Ueberange in zahlreichen Wohnungen ganze Familien auf einen Raum angewiesen sind. Da müßte es einen doch bedenklich stimmen, daß wir bei unserer Raumforderung von 70 bis 80 qm Wohnfläche nicht viel zu weit gehen. Diese Ausführungen mußten den Eindruck bei mir hervorrufen, daß der Referent in erster Linie die Bergmannswohnungen im Auge hatte. Herr K. weiß gerade so gut wie ich, daß man an verhältnismäßig maßgebenden Stellen die 70 qm Bergmannswohnungen als zu reichlich betrachtet, er weiß, daß wir uns als Arbeitervertreter gegen eine Herabsetzung der Wohnfläche gewandt sind in sehr vielen Fällen das Gegenteil gefordert haben. Zur Begründung seiner Forderung hat Herr K. die Bergmannswohnungen herangezogen. Dazu lag kein Anlaß vor. Die Einzelfälle der unrichtigen Verwertung der Wohnungen dürfte nicht herangezogen werden, um so schlimmer ist es, wenn dann daraus so wichtige Schlussfolgerungen gezogen werden. Die augenblicklich festgesetzte Höchstgrenze der Wohnfläche bei den Bergmannswohnungen hat in den Regierungenstellen nicht überall z. B. die Höhe der K. zur Begründung seiner Forderungen das Material über die Bergmannswohnungen benutzt, welche weit über 70 bis 80 qm Größe aufweisen, und ebenfalls mit Mitteln der Allgemeinheit gebaut worden sind, wäre es zu keinem Mißverständnis gekommen. An vorwiegend der Weise die Bergmannswohnungen heranzuziehen und dann zu sagen, daß es einen doch bedenklich stimmen muß, ob wir mit unserer Raumforderung von mindestens 70 bis 80 qm nicht zu weit gehen, mußten mich veranlassen, die Frage zu besprechen. Ich bin gern bereit, in einzelnen Fragen und Forderungen mit Herrn K. zu geben, habe es auch in dem ersten Schriftsatz gesagt, daß er verstanden hat, was ich gemeint habe. Eine Herabsetzung der Wohnfläche von 70 und 80 qm werden wir aber trotz der, wenn sie nicht zustimmen können. Dagegen würde ich sehr erfreut sein, wenn Herr K. uns auch gegen allgemeine Mißstände im Wohnungsbau stets energisch helfen möchte. So lese ich z. B. im „Berliner Tageblatt“, daß in Berlin 100000 Wägen für Spielplätze im Bau sind, bei denen man jede architektonische Schönheit über sich ergehen lassen muß, von der uninteressanten Keit ab bis zur Verwendung kostbarer Materialien, erblickt. Ein Architekt erklärte dem Stadtschreiber a. D. Dr. August Müller, daß man mit dem Geld, das diese 100000 Wägen kosten, in Berlin 200000 beschriebene Bergmannswohnungen bauen könnte. Und trotzdem wird nicht nur in Berlin, auch in anderen Städten nur in der Industriegebiet, auch in Essen, umsehen. Er wird Lurus und Raumverwendung bei Bauten reichlicher Leute finden, der aber

Wohnungsnot und unberühene Kammern.

In der „Margener-Zeitung“ vom 2. September 1922 berichtet Herr Kaufsberg über einen Vortrag, den ich im Rheinischen Verein für Kleinwohnungsfragen in Bonn am 24. Juni d. J. gehalten habe. Er besagt sich darin über verschiedene Äußerungen, von Teil auch über die ganze Richtung meines Vortrages. Ich hatte beim Lesen der Zeilen den Eindruck, als ob Herr Kaufsberg sich — vielleicht auf Grund unvollständiger Berichterstattung — über die ganze Richtung meines Vortrages im Unklaren befände. Ich hatte durchaus nicht die Absicht, über Bergarbeiterwohnungen zu sprechen, noch viel weniger habe ich gegen die Organisation der Bergarbeiter Vorwürfe erhoben. Es handelt sich um einen Vortrag ganz allgemeiner Art über das Wohnungswesen, der von beiden Seiten der Bevölkerung, auch von allen Gewerkschaften, Besuch und durchaus anzuhören wurde. Die Schlussfolgerungen meines Vortrages, die Herr Kaufsberg an die Spitze seines Artikels stellt, beziehen sich durchaus nicht auf den letzten Teil, sondern auf Bergarbeiterwohnungen oder haben gerade mit diesen in Zusammenhang. Ich habe in diesem Vortrag nicht den fern davon gehabt, daß ich aus einer Berücksichtigung heraus jemand der Auffassung sein könnte, der Vortrag beziehe sich auf Bergarbeiterwohnungen. Ich habe in diesem Vortrag nicht den fern davon gehabt, daß ich aus einer Berücksichtigung heraus jemand der Auffassung sein könnte, der Vortrag beziehe sich auf Bergarbeiterwohnungen.

legende Frage aufgestellt ist, daß er dann den Vortrag mit anderen Augen ansieht. Was ich will, ist nur, daß gewisse Ueberforderungen im Wohnungswesen, die nicht an der Zeit sind, abgestellt werden, bis wenigstens der Reiz der Wohnungsnot abgeklungen ist.

Nun zu den einzelnen Äußerungen meines Artikels. Er sagt selbst, daß die Richtlinien meines Vortrages im ersten Augenblick bestechend seien. Ich möchte wünschen, daß er sie auch bei näherer Untersuchung, wenn er sie nicht mehr ausschließlich durch die Worte der Bergarbeiterwohnungen sieht, für richtig anerkennen. Daß die Zahl der Wohnungen wirklich der entsprechenden Familienzahl unterkommen gewähren muß und daß sie an den Stellen gebaut werden müssen, wo sie wirtschaftlich notwendig sind, ist doch selbstverständlich. Ich habe in meinem Vortrag als Gegenbeispiel angeführt, daß man, anstatt der Kleinbauten Wohnungen zu bauen, häufig Wohnungen für landliche Kleinrentner u. dergl. baut, die von der Landwirtschaft nichts verstehen. In dieser Richtung bewegte sich meine Absicht, wenn ich sagte, daß die Wohnungen an der wirtschaftlich richtigen Stelle gebaut werden müssen, nämlich dort, wo heute eine rege Industrie, z. B. der Kohlenbergbau, unbenutzte Wohnungen erfordert.

Des weitern habe ich als Richtlinie gesagt, daß die Raumforderungen bis zur Bekämpfung der bringenden Wohnungsnot eingeschränkt werden müssen. Ich nehme an, auch hierin wird mir Herr Kaufsberg zustimmen. Ich nehme an, auch hierin wird mir Herr Kaufsberg zustimmen.

Wollwirtschaftliche Rundschau.

Stinnes als Wegbereiter des Sozialismus.

Die „Deutsche Zeitung“, das rechtssozialistische Berliner Blatt, veröffentlicht eine Aufschrift von industrieller Seite zum Abkommen Stinnes-Lubersac. Darin heißt es:

„So dürfte der Vertrag Stinnes-Lubersac die Ursache werden, eine Art Verkrüftung jenseits aller derartigen Betriebe, die Bau-stoffe für Häuser liefern, herbeizuführen. Das wird dazu führen, daß im Binnenlande kein Mensch mehr in der Lage sein wird, irgendetwas von diesen Sachen zu kaufen, da die Preise jetzt einen einigermassen freien Wettbewerb nicht mehr erlauben können. Im Gegenteil, man wird die Preise zahlen müssen, welche die Macht des Trustes diktiert. Es kommt hinzu, daß auch, wenn Stinnes selber an den Lieferungen nur im geringsten Grade durch eigene Werke beteiligt ist, er durch die außerordentliche Gewalt, die dieser Vertrag in seine Hand gibt, in die Lage versetzt werden, ja geradezu gezwungen wird, die sämtlichen Leistungen unter jener gewaltigen und tatkräftigen Hand zu vereinigen.“

Aus diesen Tatsachen wird dann gefolgert, daß wir alsbald einen Zustand vor uns haben können, wo die Wirtschaf der Erprobation der Erprobation noch vereinfacht wird. Das ist die Meinung der „Deutschen Zeitung“. Sie bekämpft also Stinnes, weil er nicht nur Feind und Ausbeuter ist, sondern auch, weil er Wegbereiter der sozialistischen Ideen sei. Das Blatt hat durchaus nicht so unrecht. Richtig ist auch mit der Stinnes'schen Wegbereitung für den Sozialismus nicht gebüht, wir können und wollen die Konzentrationsentwöhnung der Industrie nicht aufhalten, müssen aber durch starke Organisationen dafür sorgen, daß diese Entwöhnung nicht auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Volksschichten geschieht.

Der Reallohn des russischen Arbeiters.

Die Kommunisten verkümmern jeden Erfolg der deutschen Gewerkschaften mit dem Hinweis darauf, daß der Reallohn des deutschen Arbeiters mit der Geldbewertung nicht gleichen Schritt halte, daß der Arbeiter trotz erhöhten Lohnes kaum mehr verdienen könne. Wir wissen schon daraus hin, daß die Senkung des Reallohnes nirgends schlimmer in Erscheinung tritt als in Rußland. Nach dem offiziellen Blatt „Trud“ („Die Arbeit“ — Nr. 89/1922) fand der Durchschnittslohn geleiteter Arbeiter vom November 1921 bis März 1922 von 102 auf 42,5 Prozentrückgang oder von 100 auf 39 Prozent. Wenn man Preise und Löhne im November 1921 mit 100 ansetzt, so stiegen bis Mai 1922 die Preise auf 1320, also das fünfzehnfache, die Preise auf 6000, also das fünfzigfache. In Petersburg betrug nach der amtlichen „Ekononitscheskaja Schin“ („Das wirtschaftliche Leben“) der Lohn eines mittleren Arbeiters in Moskau im Januar 1921: 119 418 Rubel, im Juni 1921: 138 381 Rubel, im Dezember 1921: 2 278 600 Rubel, im April 1922: 23 500 000 Rubel. Weit stärker noch wie diese Löhne sind aber die Preise gestiegen. In Moskau betrug der Preis für ein Pfund Roggenbrot 138 700 R. in der ersten, 138 600 R. in der zweiten Aprilwoche, Weizenbrot 300 000 R. in der ersten, 345 000 Rubel in der zweiten Aprilwoche, Kartoffeln 26 700 R. in der ersten, 36 300 R. in der zweiten Aprilwoche, Rindfleisch 415 000 R. in der ersten, 1 112 500 R. in der zweiten Aprilwoche.

Nach diesen amtlichen Angaben konnte also der russische Durchschnittsarbeiter für seinen Aprillohn kaufen: noch nicht 170 Pfund Roggenbrot oder 68 Pfund Weizenbrot oder 670 Pfund Kartoffeln oder 21 Pfund Rindfleisch. So elend es uns auch in Deutschland geht, etwas höher ist der Reallohn in Deutschland doch noch. Rechnen wir mit heutigen Preisen und Löhnen, die wie in Rußland, schlechter sind als die im April, und nehmen wir auch nur einen Monatslohn von 15 000 M., so könnten wir dafür noch kaufen über 1600 Pfund Roggenbrot, 30 Zentner Kartoffeln und über 100 Pfund Rindfleisch. Natürlich ist auch das jämmerlich im Vergleich zu Löhnen und Preisen der Vorkriegszeit, aber der Vergleich läßt doch wahrlich nicht zur Nachahmung russischer Methoden mit der Aussicht, zu russischen Zuständen zu kommen!

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Geldbeträge in der Unfallversicherung.

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung vom 12. September 1922 wird in der Unfallversicherung die Grenze für die Zahlung der Entschädigung der Betriebsbeamten von 150 000 M. auf 300 000 M. des Jahresarbeitsverdienstes erhöht. Die sogenannte Dreifachgrenze, bis zu der bei der Berechnung der Unfallrente der volle Jahresarbeitsverdienst anzurechnen wurde, ist von 36 000 auf 90 000 M. heraufgesetzt worden. Fortan darf also für alle Unfälle, die sich nach dem 31. August 1922 ereignet haben, erst der 90 000 M. übersteigende Betrag des Jahresarbeitsverdienstes nur zu einem Drittel anzurechnen werden. Das Mindesteinkommen, das die Berufsgenossenschaft für einen Geschädigten zahlen muß, beträgt jetzt 3000 statt 1000 M. Wenn die Jahresrente aus der Unfallversicherung nur 1200 M. oder weniger beträgt, muß sie in vierteljährlichen Beträgen im voraus gezahlt werden. Bisher mußte dies geschehen, wenn sie 600 M. oder weniger betrug. Die Verordnung trat mit dem Tage der Verkündung, also am 15. September 1922, in Kraft. Nach den erhöhten Beträgen werden nur die Unfälle entschädigt, die sich nach dem 31. August 1922 ereignet haben oder ereignen werden. Dabei sind die vor dem Inkrafttreten der Verordnung bezogenen Entgelte nach neuen Vorschriften zu berücksichtigen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Angelernte Arbeiter genug im Bergbau.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung erließ an die ihm unterstellten Organe eine Bekanntmachung, wonach der Bedarf an angelernten Bergarbeitern für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in den letzten Tagen fast zurückgegangen ist und Zuweisungen von Arbeitskräften dortin nicht mehr erfolgen sollen. Die „Rote Fahne“ benutzt natürlich auch diese Meldung, um dem verhassten Bergarbeiterverband eins auszuwaschen. Das Blatt schimpft auf die Sozialdemokraten, die Ueberflüssigen im Interesse der Unternehmer propagierten. Die Unternehmer möchten nur an billige Produktion und nicht an technische Verwaltung der Werke. Jetzt würden bereits Arbeitskräfte im Bergbau überflüssig. Die armen Leute an der „Roten Fahne“ können natürlich nicht wissen, daß dem Bergbau mit angelernten Arbeitskräften natürlich nicht gehindert ist. Gerade die Bergleute sehen, da der Souveränitätsanspruch gegenüber 1913 im Ruhrgebiet von 51 auf 37,6 zurückgegangen ist. Das trotz des Blatts natürlich nicht begreifen, auch wenn man's ihm schwarz auf weiß gibt!

Aus der Tarifpraxis.

Ueberprüfungsbescheid in Oberschlesien.

Am 18. September versammelten sich die Vertrauensleute des bei Deutschland verbleibenden Teiles Oberschlesiens, um zur Ueberprüfungsfrage Stellung zu nehmen. Teilgenommen haben an der Konferenz Delegierte aller vertragschließenden Organisationen. Die gefasste Entscheidung lautet: „Die Revisionkonferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Bergleute Oberschlesiens, die am 17. September 1922 im Gewerkschaftshaus in Zabrze in denburga stattfand, erklärt, daß sie bereit ist, einem Ueberprüfungsabkommen zuzustimmen. Zu dieser Stellungnahme werden die Vertrauensleute und Betriebsräte bestimmt durch das dortüberliegende Wirtschaftsleben und die dadurch bedingte Notlage Laufender von Arbeitskräften. Sie sind jedoch der Auffassung, daß sie nicht allein Opfer zu bringen haben, sondern erwarten, daß auch die Grubenverwaltungen der Not der Zeit Rechnung tragen. Bisher war das in keiner Weise der Fall. Die verfassungsmäßigen Vertrauensleute und Betriebsräte fordern daher, daß erst folgende Forderungen des Bergarbeiters bewilligt werden: 1. Sofortige Verabreichung eines neuen Rahmentarifes. 2. Die Gewährung des Soziallohnes an transsylvanische Bergarbeiter ab 1. Oktober 1922. 3. Ermittlung der Deputationskosten an Inhabern der Stimmrechte. 4. Reueherung der Richtlinien für die Betriebsräte, insbesondere die Reueherung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte bei der Wahl der Vertrauensleute.“

5. Gewährung des Rechtes der Organisationskontrolle auf den Werken. 6. Anerkennung des Streiks auf der Kohlenzweiggrube als gesetzmäßig. 7. Sofortige Einführung der zweiten Förderschicht auf allen Werken, insbesondere auf denjenigen, auf denen bisher zu zwei Schichten gefördert wurde. Falls diese beschiedenen Forderungen bewilligt werden, die in anderen Revisionen zum größten Teil bereits eingeführt sind, so werden die Organisationsvertreter ermächtigt, ein Ueberprüfungsabkommen nach westfälischem Muster abzuschließen.“ Diese Entscheidung wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die deutschen Gewerkschaften.

Der gewaltige Mitgliederzuwachs in den deutschen Gewerkschaften seit der Revolution ist keine vorübergehende Erscheinung geblieben, sondern eine dauernde Tatsache geworden. Das ist ein erfreuliches Ergebnis der Mitgliederbewegung der letzten drei Jahre. Die neuesten Feststellungen ergaben am Schluß des 2. Quartals 1922 einen Mitgliederbestand von insgesamt 7 979 231, darunter 1 694 538 oder 21 Prozent weibliche Mitglieder. Gegenüber dem Stande am Schluß des 1. Quartals bedeuten diese Ziffern eine Zunahme bei den Männern um 38 963 und bei den Frauen um 46 263. Die Zunahme der Zahl gemeinschaftlich organisierter Frauen liegt also verhältnismäßig stärker als die der Männer. Von den 49 dem DGBS. angeschlossenen Gewerkschaften hatten die zehn größten Zentralverbände allein einen Gesamtmitgliederbestand von 6 232 461 = 78 Prozent sämtlicher Mitglieder. Und zwar zählten:

Metallarbeiter	1 606 166	Bauarbeiter	542 035
Fabrikarbeiter	724 861	Eisenbahner	431 452
Textilarbeiter	715 843	Holzarbeiter	429 911
Landarbeiter	626 160	Bergarbeiter	117 218
Transportarbeiter	566 447	Gemeinde- u. Staatsarbeiter	290 436

Die 1 694 538 weiblichen Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen die nachstehenden zehn Verbände mit dem größten weiblichen Mitgliederstande allein insgesamt 1 420 918 oder 84 Prozent aller weiblichen Mitglieder hatten:

Textilarbeiter	475 269	Selbständigen	83 010
Fabrikarbeiter	205 308	Bauhilfen	70 122
Metallarbeiter	172 461	Transportsarbeiter	56 155
Landarbeiter	149 311	Gemeinde- u. Staatsarbeiter	52 600
Landarbeiter	105 030	Schuhmacher	49 621

Wert Gothein hinaus!

Aus der demokratischen Reichstagsfraktion nämlich. Wer das verlangt? Demokratische Arbeiter! Der Bergarbeiter vom 22. September, das Organ des D. T. Bergarbeiterverbandes, stimmt in äußerst scharfer Weise Stellung gegen einen Artikel des Herrn Gothein im „Berliner Tageblatt“, in dem er sich mit Bergarbeiterfragen beschäftigt. Herr Gothein ist persönlich sicher ein anständiger Mann. Als er Reichsminister wurde, legte er seine mehr als zwei Dutzend Vorkriegsbesitztümer nieder, weil ihm diese Tätigkeiten mit der eines Reichsministers unvereinbar schienen. Als später die Ministerfraktion zu Ende ging, fing Herr Gothein an, wohl aus Ehrgefühl, zu schreiben. So wurde er das Schreckensbild für vernünftige Leute in seiner Partei, denn lebendig, wenn er schreibt, verzapft er handeltene, altschöne Wankelherzlichkeit, die zur neuen Zeit ganz wie die Haut aufs Auge. Das „Berliner Tageblatt“ verweist darauf, was die Gewerkschaften für die Hebung der Produktion getan haben, und sagt gegen Gothein:

„Um aber Herrn Gothein den Erfolg seiner journalistischen Arbeit zu ermöglichen, sind wir gern erdödig, ihm Gelegenheit zu geben, seine Theorie in die Praxis umzusetzen und zwar in den diesbezüglichen Versammlungen. Dort würden die Moralpredigten des Herrn Gothein einen viel größeren Erfolg zeitigen als im „Berliner Tageblatt“ und, was uns sehr erwünscht wäre, wir könnten ihm unsere Meinung speziell über die Arbeitsleistung der Bergarbeiter sowohl, als auch über die Schichtdauer im Bergbau persönlich sagen. Da wir aber aus naheliegenden Gründen annehmen müssen, daß Herr Gothein unser Angebot ablehnt, so wollen wir wenigstens an dieser Stelle sagen, was bezüglich der Angriffe gegen die Bergarbeiter pflichtgemäß gesagt werden muß.“

Das Blatt zitiert dann, wie Gothein verlangt, daß das Volk seine Lebensführung auf die Hälfte herabsiehe, und schreibt dazu:

„Herr Gothein verlangt also, daß die Arbeiter, die er sehr „geschwächelt“ als „Vornach“ bezeichnet, nur noch halb so viel und halb so gut essen dürfen, als in der Zeit vor dem Kriege. Schön! Wie soll nun ein Arbeiter, ein Bergarbeiter mit nur halb und vielleicht noch geringerer gefülltem Magen das leisten, was er vor dem Kriege geleistet hat? Doch das nicht möglich ist, wird auch Herr Gothein zugeben müssen, oder, um mit ihm selbst zu reden: Das ist so einfach, so zwingend logisch, daß man annehmen sollte, auch das größte auf zwei Seiten herumlaufende Vornach müßte es einsehen.“

Herr Gothein orakelt dann weiter über die Arbeitszeit im Bergbau und die Notwendigkeit von Ueberprüfungen. Dazu sagt das „Berliner Tageblatt“:

„Wenn Herr Gothein zu bestimmen hätte, dann müßten die Untertagearbeiter im Steinkohlenbergbau anstatt 7 wieder 8½ Stunden arbeiten. Dem diesen Wunsch kann man zwischen seinen Beinen deutlich lesen. Uebrigens beträgt die Schichtdauer im Steinkohlenbergbau nicht durchweg 7, sondern zum Teil, wie z. B. in Oberschlesien, 7½ Stunden. Aber ganz abgesehen davon, sollte man eigentlich von Herrn Gothein, der doch als früherer Bergarbeiter vom Bergbau immerhin etwas versteht, erwarten, daß er gegen die Stenbundenbeschränkung im Steinkohlenbergbau kein Wort verlieren würde. Dem jeder vernünftige Mensch, der von diesen Dingen etwas versteht, weiß, was es heißt, sieben Stunden unter Tage, umgeben von allerlei Gefahren für Gesundheit und Leben, angezerrt arbeiten zu müssen, und daß daher die Stenbundenbeschränkung durchaus berechtigt ist.“

Das Blatt bespricht weiter die Ursachen des Förderrückgangs und schließt bemerkenswert mit folgenden Sätzen: „Ueberhaupt vermögen wir den Zweck des Gothein'schen Artikels nicht recht zu erkennen. Wem will er denn damit dienen? Vielleicht unserer Volkswirtschaft? Wir glauben weder das eine noch das andere. Denn durch eine beratige oberflächliche Behandlung einer Materie ist unserer Wirtschaft kein Dienst erwiesen. Und die Bergarbeiter? Nun, die werden für Herrn Gothein's Reden bestens danken! Nach alledem will es uns sehr zweifelhaft erscheinen, ob ein Mann mit solchen Ansichten noch länger Platz finden kann in der demokratischen Reichstagsfraktion. Darüber zu entscheiden ist ja letzten Endes Sache der demokratischen Partei, der wir nur empfehlen können, die Entscheidung kundlich bald zu treffen.“

Wir haben das „Berliner Tageblatt“ so ausführlich zitiert, weil seine Ausführungen wertvolles Material aus demokratischen Kreisen gegen kapitalistisch orientierte „Demokraten“ darstellten. Wenn allerdings die „Berliner Tageblatt“ Bergarbeiter glauben, daß ihr Appell an die demokratische Reichstagsfraktion Erfolg hätte, so sind sie schief gewickelt. Die Leute, die wirtschaftspolitisch so eingeleitet sind wie Gothein, sind die Ausschlaggebenden in der demokratischen Partei, und sie werden nicht daran denken, Gothein anzuschließen. Wollen die „Berliner Tageblatt“ Arbeiter ihre Interessen vertreten sehen, dann müssen sie sich schon andere Parteien anschauen.

Internationale Rundschau.

Robert Smilie,

der drei Jahre Präsident der britischen Bergarbeiterorganisation war, ist als Präsident an den schottischen Bergarbeiterverband (National Union of Scottish Mine Workers) zurückgekehrt, dem er früher schon zwanzig Jahre vorstand.

Knapptatiges.

Ueberordentliche Generalversammlung der Bismarckhütte.

Die am 11. September stattgehabene Generalversammlung der Bismarckhütte hatte sich mit Beschlüssen über die Bismarckhütte beschäftigt. Die am 11. September stattgehabene Generalversammlung der Bismarckhütte hatte sich mit Beschlüssen über die Bismarckhütte beschäftigt. Die am 11. September stattgehabene Generalversammlung der Bismarckhütte hatte sich mit Beschlüssen über die Bismarckhütte beschäftigt.

einberufen liegen. Das hatte zur Folge, daß die von den Arbeitern gestellten Forderungen einen Tag zu spät in der Zeit der Vorarbeiten gelangten und deshalb die Unternehmervertreter die Behandlung dieser Forderungen ablehnten. Die Arbeiter verließen darauf die Versammlung. Durch dieses Verhalten der Arbeiter gaben die Unternehmervertreter nach, so daß die Verammlung am 11. September stattfinden konnte. Neben den durch das Gesetz bedingten Satzungsänderungen wurden noch folgende Änderungen beschlossen:

§ 15 Ziffer 2 erhält folgenden Zusatz: „Jede ein Mitglied länger als 14 Tage krank, so kommen seine Beiträge nicht in Anrechnung.“ Im § 17 letzter Absatz wird „nicht“ durch „auch“ ersetzt. Die monatlich betragende Forderung der Beiträge wird auf 3 M. festgesetzt. Die Steigerungssätze zur Berechnung der Rente werden, und die unterliegenden Rente für alle Dienstjahre auf 3 M. festgesetzt werden. Den Antrag, die Steigerungssätze auf 6 M. festzusetzen, lehnten die Arbeitgeber ab. Die den Witwen gemäß § 42 gewährte Rente von 30 Prozent der Inhabendenrente wird auf 40 Prozent betragen. Die nach § 47 zu zahlenden Begräbnisbeiträge werden auf das Dreifache des jetzigen Betrages erhöht. Die nach § 48 den Inhabenden gewährte ausgeübte Krankenrente wird auch auf die Witwen und Waisen ausgedehnt. Die Beiträge zur Pensionierung sind für die Klasse I der allgemeinen Abteilung auf 40 M. festgelegt worden. Voll- und Halbwaisen waren vom Bezuge der Kriegs- und Kriegswitwenrente ausgeschlossen. Dieser Ausnahmestand ist durch die Generalversammlung beseitigt worden.

Wenn auch der Erfolg uns keineswegs befriedigt, so beweist er doch, daß die Arbeiter durch geschicktes und zähes Vorgehen imstande sind, den Arbeitgebern Zugeständnisse abzurufen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Un unsere Mitglieder!

Anlässlich der kommunistischen Agitation für einen von den Gewerkschaften nicht legalisierten Betriebsrätekongress verweisen wir unsere Mitglieder auf den Bescheid der Generalversammlung in Gießen, in dem es heißt:

„Die Generalversammlung bekämpft die Beschlüsse dieser Konferenz (vom 14. bis 17. Januar 1921 in Berlin) ausdrücklich als zu Recht bestehend. Nach diesen Beschlüssen schließen sich diejenigen Mitglieder anerkennen des Verbandes, welche 1. an der Bildung von „Kreuzen“ oder „Fraktionen“ innerhalb des Verbandes beteiligt sind oder sie fördern; 2. an Konferenzen teilnehmen, die von irgendwelchen Parteigängern, die nicht dem Verband angehören, einberufen und gegen unseren Verband gerichtet sind.“

Wir warnen unsere Mitglieder dringend, an der Vorbereitung dieser Konferenz oder an der Konferenz selbst teilzunehmen. Für uns kommen nur Konferenzen und Kongresse in Frage, deren Beschlüsse von unseren ordnungsmäßigen Gewerkschaftsleitungen beschlossen sind. Es ist insbesondere auch unzulässig, aus Bezirks- oder Ortskreisen Gelder für diesen kommunistischen Betriebsrätekongress oder andere wilde Konferenzen zu verwenden. Zuwiderhandlungen gegen die Generalversammlungsbeschlüsse ziehen die im Statut vorgesehenen Folgen nach sich.

Wir ermahnen unsere Mitglieder auch dringend, nicht auf die von kommunistischer Seite in Unmaß geführten Sammelkassen für den müden Reichsbetriebsrätekongress zu eingehen.

Bismarck, 22. Sept. 1922. Der Vorstand.

Kamerad Max Jung

aus der Zählstelle Dortmund III blickt am 1. September d. J. auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbande zurück. Die Zählstelle spricht dem erprobten Kameraden ihre Glückwünsche aus.

In Kabbod

lassen sich große Teile der Arbeiterklasse von ausgemachten Konkursisten an der Nase herumführen. Die Sache ist als ein radikaler Mist bekannt. Um diesen „Kuhm“ zu erhalten, suchen sich Unionsisten und Syndikalisten bemühen, von Zeit zu Zeit einen Beweis für ihren Radikalismus zu erbringen. Gelegenheit bot hierfür das Ueberprüfungsabkommen. Schon am ersten Tage begann man mit der Aktion, indem man Ungehörigkeiten über die Schichtdauer verbreitete. Die „Berliner Tageblatt“ trat in dem Streik, worauf die Grubenverwaltung durch den Betriebsrat herbeigelaufen ist, daß die Arbeiter nach der regelmäßigen Schicht ausfahren können. Die „Rote Fahne“ verurteilte jedoch im Streit und verlangte in einer Ueberprüfungsversammlung nochmals Garantie. Unser Vertrauensmann Fröbe wurde in dieser Versammlung niedergebittelt. (Säueren doch alle unsere Mitglieder den Mist, in solchen Versammlungen gegen die Kameraheit aufzutreten, auch auf die Gefahr hin, niedergebittelt zu werden!) Die Zeit wird ihnen doch recht geben! Der Streik wurde zunächst auf 24 Stunden proklamiert. Inzwischen machte die Rote durch Anschlag bekannt, daß die alte Tarifbestimmung wieder eingeführt sei. Der unantastbare Betriebsrat wies die bestürzte Aktion wieder die Unfahrt. Am nächsten Tage stellte jedoch eine neue Ueberprüfungsversammlung folgende Forderungen auf: Bezahlung der Streikschäden, Nachrechnung des Streiks auf den Urlaub und - Entschädigung! Der Streik sollte bis zur Erfüllung dieser Forderungen mit aller Schärfe geführt werden. Nach dem diese Forderungen und der Streik beibehalten waren, führen am nächsten Morgen die Streikisten und mit ihr die Aktionsmacher wieder an! Soll nun ein verantwortungsbewusster Mensch solche Aktionsmacher und solche „Motte“ ernst nehmen, soll er etwa seine Tätigkeit nach solchen Menschen einstellen? Gleichfalls in Kabbod nahmen diese Aktionsmacher eine

Prüfung der Fleischpreise bei Schnaps, Bier und Würstchen

vor. Das kam so: Eine Protestversammlung wählte eine Kommission, welche eine Verabreichung der hohen Preise bewirken sollte. Nach Rücksprache mit dem Amtmann bewirkte dieser eine Ausdrache mit den Geschäftsführern. Diese gaben ein Versprechen ab, daß sie die Preise nach dem Hamburger Muster herunterziehen wollen. Das Versprechen ließ jedoch einen schließlichen Erfolg vermissen, worauf der Syndikalistenhäufung Schäfer die Drohung aussprach, daß, falls es nicht besser würde, einer unter den Eichen aufzuhängen werden müsse. Das wirkte kolossal. Schon am nächsten Tage verhandelte die Kommission im Beisein des Wirtes Wilmann mit den Reggern über Verabreichung der Fleischpreise. In dieser Verhandlung stellte die Kommission fest, daß die Fleischpreise doch eigentlich nicht zu hoch seien; wenigstens hat man nichts mehr von den Radikalen über die zu hohen Fleischpreise gehört. Aber etwas anderes bekamen die geschäftlichen Arbeiter von Kabbod zu hören. Diese Verhandlung zwischen den „Revolutionären“ und Reggermeistern verlief nämlich sehr gemütlich. Man unterließ sich weniger über Fleischpreise, probierte doch einiger der Wirtes Biere, Schnaps und tranfrierter Würstchen. Als gegen Abend die Frau des Schäfer herbeikam, um ihren Mann zur Schicht zu ermahnen, meinte der Regger Reinhardt: „Ach was, heute geht Ihr Mann nicht zur Schicht, heute schläft er bei Ihnen; die Schicht bezahlt ich!“ „Oh — es ist doch recht schön von einem Regger, wenn er einem Maulredaktionär das Uebest verüben will; schade nur, daß das Mittel nicht diesem edlen Zweck, sondern der Erhöhung der hohen Fleischpreise dienen sollte und auch gebietet hat. Die Aktion vorher gefasst, hielten die radikalen Radikalen anstandslos und beim Geschmaus der Schnaps, Bier und Würstchen statt auf den Hüden und taten das Volk verraten. Und so endete diese Aktion, diese unrevolutionäre Tat damit, daß die Regger die über 3000 M. betragende Forderung bezahlten und dem Revolutionärschäfer Schäfer noch etwa 600 M. auszuhändigen. Die Fleischpreise bleiben bestehen. Die Regger haben ohnehin schon ein großes Opfer gebracht, indem sie sich bei der Bewirtung der radikalen Radikalen nicht zu Inauferig zeigten.

Und nun, ihr Kameraden von Kabbod, wie denkt ihr euch zurecht? Wollt ihr euch euer Leben lang von solchen Konkursisten an der Nase herumführen lassen? Wie oft haben euch diese Schwabronnen schon geschädigt, ihr habt euch von diesen Hohlköpfen aufschneiden lassen, seid ihnen nachgelaufen, habt manchen Schichtverdienst verloren, habt euch und eure Familien geschädigt, habt euch immer wieder von den zum Betrug neigenden Radikalen anhängen lassen... Soll das so weiter gehen? Ihr schreit die Verbandsfunktionäre, die euch zur Verzweiflung machen, in den Versammlungen nieder oder duldet, daß sie nun ihre breiteren Schreihälften niedergerichtet werden... Soll das so weiter gehen? Wann findet ihr den Mut, euch als überzeugte freie Gewerkschaftler zu bekennen, zu organisieren und den Sozialisten

Der Kommunistenkampf gegen den Verband.

Wir haben die Eifer der Kommunisten und Unionisten bei den Verhandlungen gegen den Verband gesehen. In der ersten Sitzung des Ausschusses gegen den Verband, am 22. September, brachte er einen Artikel über den „tatsächlichen Stand der Bewegung gegen die Ueberständler“. „Tatsächlich“ ist so gut wie nichts in diesem Artikel, gelogen aber um so mehr. Aus dem Vorgesagten wird das „B.“ berichtet, daß um Vorbringen der Belegschaft die verschiedenen Betriebsräte „dabon gelaßt“ habe. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß hier der Kamerad Gustav Manhof seinen Betriebsratsposten niedergelegt hat, weil man ihn zwingen wollte, an der milden Betriebsratskonferenz in Gelsenkirchen am 17. September teilzunehmen. Gleichzeitig hat unser Kamerad das abgelehnt. Unsere Kameraden werden ja Gelegenheit haben, zu sehen, was „revolutionäre“ Betriebsräte unionistischer Couleur für die Bergarbeiterchaft herausbolen!

Auf einer großen Anzahl Schächte des Vorkammer Reviers hat man die Belegschaft einzeln angesprochen, über die Siebenstundentage in der Grube zu sprechen. So schreibt das „Nähr-Echo“. Die Wahrheit ist, daß dies am einem Tage auf General- und Lothringern geschah. Unser Verband stellte beim Generalverband fest, daß diese Verfahren unzulässig sei, die Kameraden ließen es sich nicht gefallen, und jetzt dem wird der Zwang auch nicht mehr ausgeübt.

Aus dem Bezirk Suer meldet das „Nähr-Echo“, daß von 45 Schachtanlagen 23 die Ueberständler ablehnen. In Wirklichkeit wurden am 22. September nur auf Schächten, Bismarck III-V und Bergmanns-Glad die Ueberständler verfahren, Wollke I-II und Nordstern III-IV verfahren ist jetzt ebenfalls. Von Sugo berichtet das „Nähr-Echo“, daß dort 200 Mann Sivo mit Kavallerie den Zechenplatz besetzt haben, eine andere Meldung spricht von 100, natürlich, um die Bergleute zu Ueberständlern zu zwingen.

In Wirklichkeit lagen die Dinge so, daß am 20. September auf Sugo I von den 800 Mann der Morgenarbeit 70 bis 80 Mann in der Grube blieben, um die Ueberständler zu verfahren. Bei der Ausfahrt mußten die Streikbrüder laufen nicht nur vor Belegschaftsmitgliedern, sondern auch vor Fremden, die von hier weiß woher kamen, um die Kameraden zu beschimpfen und zu bedrohen. Den Kameraden Sillig, der rat man mit Hissen, er schlug mit der Lampe um sich und traf jemand am Arm. Nun laßt man ihm einen Beutel an den Kopf, wodurch Kopf und Gesicht verletz wurden.

Niemand hindert Kommunisten und Unionisten und die Gedankenlosen, die ihnen nachsehen, nach sieben Stunden auszufahren. Niemand hat aber auch ein Recht, Kameraden zu Mißhandeln, die den Vereinbarungen ihrer Organisation folgen! Wenn die Behörde solche Mißhandlungen verhindert, hat sich niemand darüber zu beklagen. Wir hoffen bei der Polizei fest, daß sie die Sache nicht so leicht läßt, daß sie sich um die Ueberständler nicht kümmert, oder jederzeit sich bereit hält, Gewalttaten zu verhindern. Der Unionistenschilling Barthele hat übrigens vor der Belegschaft, anheimelnd unter jenem Druck der Polizei, eine Rede gehalten, in der er sagte, daß auch von seinen Leuten niemand mehr am freiwilligen Verfahren der Ueberständler verhindert werden solle. Hoffentlich haben die Leute ihr Versprechen, das wäre das Mächtigste, was sie tun können. Jerrissen und geschwächt haben sie die Bergarbeiterchaft gerade genug.

Die Falschheit

greift immer mehr um sich. Im August betrug der Zugang zu den Beständen der Reichsmonopolverwaltung an unbeschäftigten Braunkohle 31 355 Schickler Weingeist (Juli 72 011), der Absatz 231 100 (191 378) Schickler, so daß sich der Bestand von 702 400 (821 707) Schickler auf 322 655 Schickler ermäßigte. Diese Zahlen reden eine entsetzliche Sprache! 31 000 Schickler Weingeist sind etwa das Dreifache, also 64 Millionen Liter Schnaps, die in einem Monat abgesetzt wurden! Nehmen wir auch nur 10 Millionen für gewöhnlichen Schnaps und das andere für Wörst, technische Zwecke usw. Wieviel Glas Schnaps & 3 W. und wieviel Milliarden an Ausgaben für dieses Glas und Körper zerschüttende Gift sind das? Dagegen, es ist Zeit, daß millionenfach der Ruf ertönt: Weg mit dem Schnaps!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Agitationsmanöver der Christlichen.

Eine Reihe bürgerlicher Blätter, die den christlichen Gewerkschaften nachsehen, sowie der „Bergknappe“ Nr. 30 und das Mitteilungsblatt Nr. 1 des christlichen Gewerkschafts für das rheinische Braunkohlerevier brachten nach der Demonstration vom 4. Juli Berichte, wo sie sich über den Fehler der freigeberlichen Betriebsräte beklagen, insbesondere auf der Grube Graf Fürstberg. Die teilweise gehässige und verächtliche Kampfesweise sämtlicher Artikelverfasser möchte ich mir nicht zu eigen machen, halte es aber für nötig, mich gegen solche demagogischen Angriffe zu wehren.

Bemerkenswert ist, daß die Artikelverfasser der bürgerlichen Blätter, die doch zweifellos aus den Reihen der christlichen Gewerkschaftsmitglieder kommen, in ihren Berichten durchweg scharfe Töne anschlagen und die Leser mit dem „sozialdemokratischen Verband“ grüßeln machen wollen, wogegen der „Bergknappe“ und das Mitteilungsblatt uns bekämpfen „alter Verband“ nennen. Gleichlautend enthalten alle Berichte direkte unwahre Behauptungen, die sich mit den christlichen Ideen keineswegs vertragen. Brutaler Terror ist auf Grube Fürstberg niemals verübt worden. Wahr dagegen ist, daß ich am 3. Juli in einer Belegschaftsversammlung den Aufruf des ADB, und der sozialistischen Parteien verlesen und mir Rückblick auf die damalige kritische Situation die Belegschaft angehalten habe, dieser Barke zum Schutze der Gesundheit zu folgen. Der Demonstrationszug der Angestellten- und Arbeiterchaft war über Erwartung eine gewaltige Kundgebung, woran sich selbst die Christlichen mit geringer Ausnahme beteiligten, ohne terrorisiert worden zu sein, und damit mehr Verständnis für die Bedeutung und Wichtigkeit des Tages begangen als ihre Führer. Ueber einige Christliche, die weiter arbeiteten, herrschte große Erbitterung; sie wären wohl mit Gewalt herausgeholt worden, wenn ich dem nicht widerstanden und gesagt hätte, das dürfen wir nicht, denn jeder muß es selbst wissen, ob er mitgeht oder nicht. Nachdem ich in genannten Artikel angegriffen wurde, habe ich am 26. Juli in allen Betriebszweigen des Reviers eine Beldrummung erteilen lassen, worin die christlichen Organisationen, die terrorisiert werden sind, aufgefordert wurden, sich bei mir unter Angabe des Terrors zu stellen. Bis heute, nach sechs Wochen, ist noch keine gekommen. Vielleicht in der Gewerkschaft in der Lage, mit Kamerad zu dienen. Doch habe ich am 5. Juli in der Fabrikverwaltung eine Zusammenkunft angeordnet, worin ich mich freigeberlich als Mitglied der Belegschaft mit Kamerad besann habe, die die Demonstration nicht mitmachen wollten. Ich hielt es für eine moralische Pflicht eines jeden freigeberlichen Arbeiters, dem Aufruf der Organisation zu folgen. Wenn ich auch weiter gearbeitet habe, das habe ich Recht auf Verrechnung verweigert hätten, so meine ich damit freigeberliche vom moralischen Standpunkt aus betrachtet und ohne Recht daraus zu machen, habe ich offen ausgesprochen, was andere gedacht haben.

Dies ist „erster Führer der sozialdemokratischen Partei“ in Kerpens sin, kommt nur insoweit, als ich längere Jahre eingeschriebenes Mitglied dieser Partei bin. Und das bin ich mit Stolz. In sehr durchdringender demagogischer Weise folgt eine Aufzählung der Bösen, die ich bekämpfe, wie Anwaltskanzleien, Vertrauensmann der Zählstelle des Bergarbeiterverbandes usw. Demagogisch bezwecke ich dies insoweit, als die Gewerkschaftsleitung, wenn sie ernstlich sein will, doch zugeben muß, daß um diese Kosten in der jetzigen kritischen Zeit keiner zu beneiden ist. Beschimpfungen, Verleumdungen und Verdächtigungen sind gewöhnlich der Lohn für die im Interesse der Arbeiterchaft ausgeführten Mühen und Leiden (siehe christliche Gewerkschaft).

Weiter wird in den einzelnen Artikeln erklärt, ich hätte in der Betriebsratsführung am 7. Juli erklärt, die Christlichen würden nicht mehr vertreten werden. Diese Behauptung ist glatt erflogen. Ich habe gesagt, daß ich bezüglich der Vorrede der Demonstration nicht verpflichtet war, das christliche Betriebsratsmitglied einzuladen, da die Vorrede eine rein freigeberliche war und keine Betriebsratsführung. Doch aber hat das christliche Betriebsratsmitglied meinen Ausschlag vom 5. Juli der Direktion in der Sitzung vom 7. Juli an dem ADB überreicht, mich aus dem Betrieb herauszuwerfen. Ich

hat ein christliches Betriebsratsmitglied mit der Direktion wegen dieser Angelegenheit in Verbindung gestanden. Ferner hat eine Liste der Christlichen gegen mich am Schlichtungsausschuß vorgelegen. Jedenfalls hat man die erforderliche Zahl nicht aufgebracht. Das ganze Treiben gegen mich wird wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, weil ich das christliche Betriebsratsmitglied einige Tage vor der Demonstration auf seine Ueberständler aufmerksam machte, die nicht unbedingt notwendig waren. Dies geht daraus hervor, daß auf meine Beanstandung hin die Verwaltung an dieser Arbeit drei Schichten statt zwei einrichtete. Trotzdem erklärte mir das christliche Betriebsratsmitglied: „Ich mache Ueberständler solange ich will, da frage ich euch nicht drum!“ Tatsächlich hat er auch nach Einführung der drei Schichten noch zwölf Stunden gearbeitet, bis es ihm von der Betriebsverwaltung verboten wurde. Hier hat also das Betriebsratsmitglied in seiner Eigenschaft als Arbeiter gegen mich bei 78 W. I des ADB, verstoßen und wäre es auf Grund dessen weit besser angebracht, wegen grolllicher Verletzung seiner Pflichten gegen mich vorzugehen. Von der Verletzung selbst mußte ihm also die bessere Beachtung des Schlichtungsausschußes plausibel gemacht werden. Hier wäre es für die Gewerkschaftsleitung besser, ihrem Mitgliede kurze bezügliche Hochhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen zu geben, statt in demagogischer Weise gegen Andersorganisierte verleumderische Artikel zu läsen.

So kennzeichnet sich die ganze Schmiererei der christlichen Presse und ihrer Trabanten als schamlos agitatorisches Manöver. Eine Belegschaftsversammlung, wozu die Gewerkschaftsleitung eingeladen ist, wird noch Klarheit in dieser Angelegenheit bringen. Solange aber die unwahren Behauptungen nicht richtig gestellt werden, bezwecke ich die Artikelverfasser als Verleumder. Peter Fed, Kerpens, Betriebsratsvorsitzender der Grube Graf Fürstberg.

Die Firma Krupp auf dem Gelbenfang.

Das Zentralorgan der sogenannten nationalen Arbeiterberufsbünde brachte in seiner Nr. 31 einen Artikel über die Lohnverhältnisse auf den Bieherer Gruben, in dem es behauptete, daß die Arbeiter der Gruben, ja sogar die Gewerkschaftsorgane anderer Richtung sich an den nationalen Verband gewandt hätten, damit er ihnen zu höheren Löhnen ver helfe. Aus den Feststellungen, die uns unsere Kameraden überbringen, geht hervor, welcher Schwindel diese Behauptung ist. Zugleich aber zeigen die Feststellungen die Firma Krupp in dem früher bei ihr üblichen Licht der Gelbenpächter. Wir wissen nicht, ob die Offener Generaldirektion Kenntnis von diesem Treiben auf den Bieherer Gruben hat. Sollte das der Fall sein, so müßten wir ihr den Vorwurf machen, daß sie dort, wo die Verhältnisse für sie etwas günstiger liegen wie in Essen, den Herrenstandpunkt von Anno Lobad herbeiführt, wie das in der Ablehnung der Schlichtsprüche zum Ausdruck kommt, und daß sie darüber hinaus sich bei früher bei ihr üblichen Methode zuwenden, gelbe Arbeiterberufsbündlerorganisationen um jeden Preis zu züchten. Wenn sie nicht der treibende Keil ist, so können wir ihr nur raten, dort unten nach dem Rechte zu gehen und ein Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Organisation zu schaffen, wie es den heutigen Verhältnissen entspricht. Der Aufsatz unseres Kameraden entnehmen wir folgendes:

Auf den Bieherer Gruben im Kreise Gelnhausen kämpfen die Arbeiter seit längerer Zeit um eine bessere Erzielung, da der Lohn so gering ist, daß in den übrigen Berufsgruppen ein 14jähriges Kind mehr Lohn bekommt, wie die Bergarbeiter unter Tage auf den Bieherer Gruben. Die Firma leht es seit Monaten ab, mit den Vertretern der Organisationen zu verhandeln, und verhandelt nur mit dem Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes, welcher bisher eine Mitgliedszahl von etwa 30 Mann zu vertreten hatte, während die Gesamtbelegschaft 165 Mann darstellt, so daß der übergröÙe Teil auf den Verband der Bergarbeiter und den Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter entfiel. Der Betriebsrat bestand aus einem freien Gewerkschaftler, zwei Christlichen und zwei Gelben. Im Laufe der Zeit ist das Betriebsratsmitglied des freien Verbandes zum Gewerkschaft übergetreten, so daß es unrichtig ist, wie in dem Artikel des Deutschen Arbeiterbundes geschrieben wird, daß der Betriebsratsvorsitzende, welcher freigeberlich ist, erklärt hätte, die Verhandlungen des freien Verbandes wie auch die des Gewerkschafts seien ergebnislos und weitere Verhandlungen nicht möglich, weshalb sich der Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes, Gabel, für sie einsetzen möchte. Der Betriebsratsvorsitzende war von Anfang an nicht freigeberlich, sondern Mitglied des christlichen Gewerkschafts. Auch ist in der am 22. Juli stattgefundenen Versammlung nicht mit einem Wort von Gabel verlangt worden, er solle sich für die Belegschaft einsetzen, sondern die Belegschaft hat zum größten Teil nur darauf bestanden, an der Versammlung teilzunehmen, um zu erfahren, welche Reichheit Gabel an den Tag legen werde. Die Belegschaft hat nie darauf bestanden, an den Versammlungen des Arbeiterbundes teilzunehmen, aber nachdem sie den früheren nationalen Gewerkschaft Rudee so weit gebracht hatte, daß dieser nicht mehr nach Bieherer ging, wollte sie hören, was dieser neue Menschenbeglücker dort verzapfen würde. Gabel verpackt der Belegschaft an diesem Abend in der Begrüßung, bestimmt dafür zu sorgen, daß höhere Löhne gezahlt werden, da er sich davon überzeugt hat, daß auf den Bieherer Gruben ein sehr gutes Erz vorhanden ist und unbedingt der Lohn des Lahngeländes gezahlt werden muß. Drei Tage später erwidert dieser Gabel wieder, allerdings nicht mehr so großzügig, sondern erklärte, er hätte nach Rücksprache mit der Firma Krupp die traurige Erklärung gemacht, daß das Erz wegen seiner schlechten Beschaffenheit überhaupt nicht abgebaut sei und die Arbeiter mit einem niedrigeren Lohn schon zufrieden sein müßten. Seit dieser Zeit ist Gabel auf den Bieherer Gruben nicht gewesen: er braucht auch nicht wieder zu kommen, denn auch seine Mitglieder haben keine famosen Eigenschaften als Arbeitervertreter erkannt. Sie sind inzwischen reiflos zu den anderen Verbänden übergetreten, so daß der Arbeiterbund auf den Bieherer Gruben heute keine Mitglieder mehr hat.

Zur Lohnbewegung selbst ist noch zu sagen, daß der Vertreter unseres Verbandes schon im Mai den Schlichtungsausschuß in Hanau wegen der schlechten Entlohnung anrief, wozu er von einer Belegschaftsversammlung aufgefordert war. Der Bauerlohn betrug nach dem Abdruck mit dem Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes im Mai nur 20 W. pro Schicht! Der Schlichtungsausschuß in Hanau hatte auf Antrag unseres Verbandes den Lohn auf 103 W. erhöht. Zunächst erkannte die Firma Krupp diesen Schlichtspruch nicht an, zahlte jedoch den Schlichtslohn aus, nachdem der Kaiserliche Regierungspräsident den Schlichtspruch für verbindlich erklärte. Nachträglich tätigte die Direktion der Bieherer Gruben mit dem Vertreter Gabel noch einen Lohnabschluß, wonach der Schichtlohn im Juli und August 150 W. betragen sollte. Unser Verband forderte im Auftrage der Belegschaft in einem an den Schlichtungsausschuß gerichteten Schreiben vom 5. August wiederum höhere Löhne. Vor dem Schlichtungsausschuß verfuhr der Vertreter der Firma Krupp die Sache damit abzumit, daß er eine Lohnabschließung zwischen Belegschaft und Firma abschritt, dem Gabel hätte ich verweigert, die Arbeiter der Bieherer Gruben seien mit einem Schichtlohn von 150 W. voll und ganz zufrieden. Diese Behauptung konnte er jedoch nicht aufrechterhalten, weil der gleichfalls anwesende Betriebsrat erklärte, die letzte sehr hart besuchte Versammlung habe die Vertreter des alten Verbandes und des Gewerkschafts einstimmig beauftragt, höhere Löhne zu fordern, damit die Bieherer Arbeiter nicht ganz zugrunde gehen. Der Schlichtungsausschuß hat dem Antrage stattgegeben und für Juli eine Lohnzulage von 44 W. pro Mann und Schicht, für August eine weitere Zulage von 60 W. zugesprochen. Die Firma Krupp lehnte diesen Antrag wiederum ab, so daß die Arbeiter heute noch für einen Lohn von 150 W. pro Schicht arbeiten müssen. Die Not der Arbeiter ist so groß, daß ich förmliche öffentliche Behörden im Kreise Gelnhausen mit dieser Frage beschickte, so daß anzunehmen ist, daß recht bald eine Forderung eintreten wird. Trotzdem der Deutsche Arbeiterbund auf den Bieherer Gruben nicht mehr existiert, teilt die Kruppische Bergverwaltung der Belegschaft abermals mit, daß sie nach eingehender Verhandlung mit den Vertretern des Deutschen Arbeiterbundes entlassen sei, den Lohn auf Grund dieser Verhandlung von 150 auf 300 W. zu erhöhen.

Wir nehmen an, daß durch diese Darlegungen der Schwindel des Deutschen Arbeiterbundes aufgedeckt ist, so daß alle übrigen Arbeiter, die noch dem Deutschen Arbeiterbund angehören, dem Beispiel der Bieherer Arbeiter folgen können, indem sie dem Arbeiterbund den Rücken kehren und sich einer Organisation anschließen, welche in Wirklichkeit die Interessen der Arbeiter vertritt. Es wird der Firma aus nichts nützen, daß sie droht, Bergabstimmungen in Hanau auf Holz und Substanz nur den Arbeiterbündlern zuzuwenden. P.S.

und Verhandlungen mit den Organisationsvertretern abzulehnen, jeher merkwürdig finden. Die Firma sollte wirklich einsehen, daß diese alten Methoden der Arbeiterzerfplitterung nicht mehr zichen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Ein Schilling des „Bergknappes“.

Bei Bismarck machte der „Bergknappe“ in Nr. 35 wegen seines „eifrigen Gewerkschaftsmitgliedes“ Grabis. Dieser war früher auf den Bieherer Kohlenwerken beschäftigt, wo er sich als ein radikal-aler Paprialemann und Kögler betätigte. Deshalb ist er auch kurz vor seinem Abgang von obigen Werken aus dem Verband ausgetrieben. Die Ursache seiner Abkehr lag darin, weil die Belegschaft für seine Kadriolen kein Verständnis hatte. Als er auf der Grube Reformation in Arbeit trat, beauftragte die Belegschaft den Betriebskommandanten Lehmann, beim Obersteiger vorstellig zu werden, damit dieser Anrußstiller und Kögler wieder abgesetzt werde. Nachdem Grabis eine Schicht abgelegt wurde, einigte sich die Betriebsvertretung mit der Verwaltung dahin, daß Grabis eingestellt werde, jedoch unter der Bedingung, daß er sich vernünftig benehme, andernfalls werde er sofort entlassen. Der Betriebskommandant Lehmann hat also richtig gehandelt, denn hätte man Grabis am ersten Tage ansahen lassen, hätte die Belegschaft zweifellos die Anstalt verweigert. Nach der Verhandlung mit der Verwaltung hätte Lehmann die Belegschaft auf über die Bedingung, unter welcher Grabis angenommen sei, und diese gab sich zufrieden. Lehmann bewahrt also den Betrieb vor Erschütterungen.

Aus diesem Sachverhalt macht der „Bergknappe“ einen Wust von Verleumdungen, spricht davon, daß Lehmann ein „Steinbinder“ geworden sei, jammert über „Bedrücker“ und gebraucht andere sinnlose Phrasen. Ja, „Bergknappe“, hätte ich geschwiegen, wäre ich ein Meister geblieben! Damit, daß du den Grabis zu einem Märtyrer gemacht hast, deckt du seine unmündigen, lächerlichen Handlungen und machst dich selbst lächerlich. Die Urzade des „Bergknappes“ von der wachsenden Mitgliedszahl sprechen wir ihn. Auf Reformation zählt er ganze 5 (fünf) Mitglieder! A. S.

Süddeutschland.

Die Christlichen auf dem Gimpelfang!

Es ist dem Gewerkschaft trotz aller Anstrengungen bisher nicht gelungen, im Bezirk Nordbayern eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern zu gewinnen. Deshalb müssen andere Mittel wie bisher angewendet werden. So stellt man in Badersdorf (Oberpfalz) den katholischen Arbeiterverein und seinen Sekretär Obermeyer in den Dienst der Agitation für den Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter. Aber auch die Anstrengungen dieses Herrn bleiben bis jetzt trotz aller Mühe ohne Erfolg und so versuchte er am Sonntag, den 3. September, in Wadersdorf in einer Versammlung wieder mal sein Glück. Als besondere Zugkraft hatte er sich den Reichstagsabgeordneten Schwarzler verschrieben, der dann auch den Arbeitern eine neue Heilslehre gegen das Kapital verkündete. Herr Schwarzler meinte nämlich, er sei gekommen, um den Arbeitern etwas anderes zu verkünden, als ihnen in den freien Gewerkschaften gelehrt werde, denn dort werde nur über wirtschaftliche Fragen gesprochen, er aber wolle den Arbeitern etwas über Kultur und christliche Weltanschauung erzählen und sie dem Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter zuführen. Danach werden im Gewerkschaft mit Hilfe der Kultur bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft und wirtschaftliche Fragen braucht also diese Organisation in ihren Kreisen nicht zu erörtern.

In anderen Zirkeln unseres Bezirkes geben die Herren Gewerkschaftssekretäre als Kartoffel-, Kleider- und Schuhhändler auf Agitation. Da man keine anderen Agitationsmittel gegen den Verband hat, so erzählt man den Arbeitern, wenn sie sich im Gewerkschaft organisieren, kann bekämen sie billige Kleider, Schuhe und auch Kartoffeln. Wir sind gespannt, was man in der nächsten Zeit den Arbeitern verspricht, wenn auch dieses nicht genügt hat.

Da kam man doch nicht mehr von einer gewerkschaftlichen Organisation sprechen; man will es auch anscheinend gar nicht, denn beim Streik auf Grube Gustab bei Dellinghausen, wofür sich auch der Gewerkschaftssekretär Wiebemann eingesetzt hatte, blieb dieser so lange dort, bis der Tag der Auszahlung der Streikunterstützung kam. Dann verabschiedete Herr Wiebemann und kehrte nicht wieder. Während die anderen Organisationen ihren Mitgliedern Unterstützung auszusprechen, hatten die Mitglieder des Gewerkschafts das Nachsehen.

Polnisch-Obererschlesien.

Bergmannsfest.

Nach jahrelanger Pause wurde in Königschütze wieder ein „bergmannski bol“ (Bergmannsfest) abgehalten. Gegen 9 Uhr vormittags trafen am Sonntag, den 17. September, die Belegschaften vor der Berginspektion zusammen und nahmen „Aufstellung“. In die Arbeiterjubilar der katholischen Gruben wurden 650 Tafeln verteilt. Hierauf hielt der polnische Nationalist Korcany eine Rede. Nach einem Hoch zogen die Belegschaften zu einem Gottesdienst. Nachmittags gab es Gratifizierung, Wurst und Semmel.

Gewiss hat auch den Bergarbeitern feste gegönnt. Dieser polnisch-nationalistische Nummer wurde jedoch nur deshalb veranstaltet, um die Bergarbeiter vom Klassenkampf abzuwenden. Bergarbeiter, die sich mit Wurst, Semmel und Bier von Pan Bojczek Korcany einfüllen lassen, sehen verdammt nicht nach Klassenkämpfern aus. Ob es den Kameraden nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß die hierfür von ihrem polnischen „Vaterland“ ausgeworfenen Gelder von ihnen erarbeitet werden müssen?

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 39. Woche (vom 24. bis 30. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Dreizehnenüberungen.

Reberprochöbel. Der Bergmanns Ernst Köllinghoff wohnt Bachstr. 20, der Kassierer Wilhelm Weckmann Hauptstr. 36. Eigen. Vertrauensmann: Ernst Meichsner, Täglichsbedir. 28.

Silfstrakt gesucht. Für die unterzeichnete Begreifung wird zum möglichst sofortigen Antritt eine Silfstrakt gesucht. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre gewerkschaftlich organisiert, um schriftlichen Gedanken Ausdruck gut befähigt sein und durch ihre bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit die Annahme rechtfertigen, daß sie für eine leitende gewerkschaftliche Stellung die erforderliche Eignung besitzen. Vor der endgültigen Anstellung wird ein sechsmonatiger Probezeit verlangt. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis zum 15. Oktober 1922 einzufragen mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung 3 w i d a u t. Ca., Neupeter Leipzig, Straße 31, Gewerkschaftshaus.

Das Mitglied Peter Baum, Haupt-Str. 58 350, Jöhstle Essen, ist wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und des Verstoßes gegen den Generalversammlungsbeschuß in Gelsen aus dem Verbande ausgeschlossen.

Die Beleidigung gegen die Betriebsauschuhmittglieder Panter, Gers und Müller der Zeche Graf Bismarck II-VI, die hätten von der Zeche Befreiungsgelder angenommen, nehme ich mit dem Ausbruch des Bauerns zurück. Friedrich Karginait, Suer-Erie, Bismarckstraße 215, Mitglied der Freien Arbeiter-Union.

Postkarten mit Bild von Otto Hue

(Preis 2 und 3 Mk.) zu beziehen von H. Hausmann & Co., Bochum.

Neu erschienen! 207 Seiten
Meine Seele
 Für Mitglieder 28 Mark **angst!** In Buchhandel 40 Mark
 Gedichte von Viktor Kallnowski
 Zu beziehen von H. Hausmann & Co., Bochum, Vloerthausstr. 30-43